



Die Großglockner Hochalpenstraße und die Felbertauernstraße sollen in einer gemeinsamen Gesellschaft zusammengefasst werden. Bild: SN/HEINZ BAYER

## Straßen: Alles eins

Bgm. Viertler: „Mautstraßen zusammenlegen“

**MITTERSILL** (SN-kain). Die Großglockner Hochalpenstraßen AG (GroHAG) und die Felbertauernstraße AG sollen zu einer Gesellschaft zusammengelegt werden, schlägt der Mittersiller Bürgermeister Wolfgang Viertler (FPÖ) vor. Dadurch könne man bei der Verwaltung und beim Fuhrpark einsparen. Der Gewinn, mehrere Hunderttausend Euro im Jahr, soll für den Nationalpark Hohe Tauern verwendet werden.

Viertler: „Das wäre ein großer Wurf zur Weiterentwicklung des Nationalparks. Die Politik soll sich nicht nur auf personelle Diskussionen konzentrieren wie kürzlich bei der GroHAG. Im Moment kocht jedes Land sein eigenes Süppchen. Die Parteipolitik muss raus aus dem Nationalpark.“ Im Finanzministerium, der Bund ist Mehrheitseigentümer bei beiden Straßen, hält man laut Viertler den Vorschlag für sinnvoll.

Langfristig will der Mittersiller Ortschef auch eine gemeinsame Vermarktung und Verwaltung des Nationalparks. Momentan haben Salzburg, Tirol und Kärnten jeweils eine eigene Verwaltung und eine eigene Tourismus-

organisation. Viertler: „Ohne überregionale Vermarktung kann man nichts erreichen. Ich will nicht mit der Heckenschere hineinfahren, aber das muss geprüft werden.“

Christian Wörister, Direktor der Ferienregion Nationalpark: „Wenn durch die Zusammenlegung der Straßen zusätzliche Mittel für den Nationalpark frei werden, ist das ein sehr interessanter Vorschlag.“ Auch eine gemeinsame Vermarktung habe ihren Reiz. Teilweise werde sie aber ohnehin schon gemacht.

Im Büro von Finanzreferent Othmar Raus (SPÖ) ist man skeptisch: „Jetzt sind Salzburg und Kärnten an der GroHAG, Salzburg und Tirol an der Felbertauernstraße beteiligt. In einer gemeinsamen Gesellschaft säßen drei Länder. Das würde zusätzliche Interessenskonflikte schaffen. Zum Beispiel gäbe es Diskussionen, wo man jetzt investieren sollte. Mit zwei Partnern ist es einfacher. Die Bedenken wiegen deshalb schwerer als die möglichen Vorteile. Außerdem wären wir überrascht, wenn der Bund als Mehrheitseigentümer zusagen würde.“